

FDP Hamburg

Wahlprüfstein 2019029

Absender / Institution: LSVD

Themenschwerpunkt: Gleichstellung

1. „Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ fortschreiben und ausfinanzieren

Im Januar 2017 wurde der Aktionsplan vom Hamburger Senat vorgestellt. Viele gute und zielführende Maßnahmen haben die Vereine und Verbände zusammen mit der Landesregierung erarbeitet. Der Aktionsplan konnte seit seiner Vorstellung jedoch nicht seine volle Wirksamkeit entfalten. Es fehlt an einer auskömmlichen Finanzierung, der Einrichtung zusätzlicher Stellen und vor allem an einer verbindlichen Terminierung zur Umsetzung der Maßnahmen. In der neuen Legislaturperiode kommt es auch darauf an, das Landesprogramm zu evaluieren, es fortzuschreiben und auch finanziell im Haushalt hinreichend auszustatten. Ferner müssen Projekte und Vereine der LSBTI*-Selbsthilfe langfristig abgesichert werden.

Antwort:

Die mögliche Finanzierung der Projekte und Vereine der LSBTI*-Selbsthilfe im Rahmen des Landeshaushalts ist von den Maßnahmen des Aktionsplans unabhängig und wir werden dieses Anliegen als mögliches Thema für die nächsten Haushaltsverhandlungen vormerken.

- 1.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der „Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ nicht nur fortgeschrieben und langfristig abgesichert wird, sondern dass auch Vereine und Initiativen an seiner Fortentwicklung weiter aktiv beteiligt werden und die Maßnahmen mit verbindlichen Umsetzungsterminen untersetzt werden?

Antwort:

Die Freien Demokraten begrüßen den „Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ ausdrücklich. Der Aktionsplan wird durch die bisherigen Stellen von Seiten der FHH gut betreut, so dass eine personelle Mehrausstattung nicht notwendig ist. Die Maßnahmen werden innerhalb des Aktionsplans auch hinsichtlich ihres Umsetzungsstatus dargestellt. Da es sich um höchst unterschiedliche und zum Teil auch sehr komplexe Maßnahmen handelt, ist es nicht sinnvoll, noch engere Umsetzungstermine zu setzen als bisher. Allerdings unterstützen wir das Vorhaben, den bisherigen Plan und dessen Umsetzung zu evaluieren ausdrücklich. Insgesamt muss hier die Wirksamkeitsorientierung im Fokus stehen. Jede Maßnahme muss den Menschen konkret helfen.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass der partizipative Ansatz im Rahmen des „Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ ausgeweitet wird. Die runden Tische des Aktionsplans sollen hierfür für alle relevanten und interessierten Akteure geöffnet oder entsprechende Parallel- und Austauschformate angeboten werden.

Wir Freie Demokraten verurteilen Diskriminierung von Homo- und Transsexuellen genauso wie Rassismus, Antisemitismus und Sexismus. Sie sind der Boden, auf dem Ausgrenzung und Gewalt gedeihen. Wir stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft. Insbesondere mit konkreten

Maßnahmen für Bildung, Förderung von Selbsthilfe und Diversity Management, aber auch durch Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger sollen Toleranz und Akzeptanz gestärkt werden. Hamburg kann hier, wie auch bei dem von uns befürworteten Denkmal für sexuelle Vielfalt, ein Zeichen setzen und als gutes Beispiel vorangehen.

1.2. Welche Vorschläge haben Sie, um sicherzustellen, dass LSBTI*-Beratungs- und Unterstützungsprojekte eine langfristige und auskömmliche Finanzierung erhalten?

Antwort:

Beratungs- und Unterstützungsprojekte können rein zivilgesellschaftlich organisiert und finanziert oder aber auch in Kooperation bzw. mit Finanzierung durch die FHH bzw. durch die FHH organisiert werden. Grundsätzlich werden sich immer sämtliche Organisationsformen finden lassen. Wir Freie Demokraten sind im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen grundsätzlich gesprächsbereit und freuen uns, wenn entsprechende Initiativen hier mit konkreten Planungen den Kontakt suchen.

2. Lesbische Sichtbarkeit fördern - Aktivist*innen stärken

Lesben werden oft mitgemeint, wenn von „Frauen*“, LSBTI* oder Homosexuellen gesprochen wird. Dabei werden die Bedürfnisse und Belange von Lesben in Gesellschaft, Politik und Öffentlichkeit aber auch in der Community wenig bis gar nicht thematisiert. Lesben werden sowohl mit ihren Potentialen als auch mit ihren spezifischen Ausgrenzungserfahrungen ignoriert oder nur unzureichend wahrgenommen. So sind Schwarze Lesben, Lesben of Color, migrantische Lesben, körperlich und geistig beeinträchtigte Lesben, Lesben aus der Arbeiter*innenklasse, akademische und nicht akademische Lesben, Lesben mit Fluchterfahrung, alte Lesben und lesbische Transfrauen zusätzlich von Mehrfachdiskriminierung betroffen. Der Lesbenverein Intervention e.V. und das mhc, die sich in diesem Feld in Hamburg engagieren, greifen auf begrenzte Projektmittel oder entsprechende hauptamtliche Stellen zurück.

2.1. Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das Thema „Lesbische Sichtbarkeit“ im Jahr 2020 /2021 Schwerpunktthema im Rahmen des Hamburger „Aktionsplans für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ wird und hier spezifische Veranstaltungen und Projekte gefördert werden?

Antwort:

Grundsätzlich muss der Landesaktionsplan sämtliche Gruppen und Communitys mitdenken. Eine Schwerpunktsetzung wäre hier nicht zuträglich.

2.2. Werden Sie sich dafür stark machen, dass das Thema „Lesbische Sichtbarkeit“ bei der Fortentwicklung des Aktionsplans ebenfalls als ein Handlungsfeld mit aufgenommen wird und für die Umsetzung die hauptamtliche Struktur einer Koordinationsstelle „Lesbische Sichtbarkeit“ geschaffen wird?

Antwort:

Eine Aufnahme als Thema in den Landesaktionsplan wird von uns unterstützt. Eine neue Stelle muss an dieser Stelle nicht geschaffen werden.

3. Vielfalt und Respekt in Schule und Bildung fördern

Schulen sollen Orte sein, an denen sich alle Schüler*innen sicher und wertgeschätzt fühlen. Dies ist jedoch oft nicht der Fall. So sind für LSBTI*-Kinder und Jugendliche an vielen Schulen Ausgrenzung und Mobbing ein Problem – mitunter bis zu Gewalt. Ausgrenzung, Einschüchterung und der Zwang, sich zu verleugnen, bedeuten starke psychische Belastungen. Gesellschaftliche Vielfalt gehört zum heutigen Alltag und Schule muss darauf vorbereiten. Kinder und Jugendliche müssen darin bestärkt werden, ein positives und akzeptierendes Selbstbild zu entwickeln, damit sie sich gegen Diskriminierungen behaupten können. Die Sichtbarkeit von vielfältigen Identitäten in Schule und Unterricht ist ein wichtiger Bestandteil davon.

Gegenwärtig hängt es in Hamburg immer noch stark von Lehrenden ab, ob LSBTI*-Identitäten und vielfältige Familienformen außerhalb des Fachs Biologie im Unterricht sichtbar werden oder eben nicht. Hier braucht es verbindliche Regelungen, eine Sammlung Beispiele guter Praxis für Unterrichtssequenzen/-reihen und Ansprechpersonen an Schulen und Schulämtern.

3.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Aufnahme von LSBTI*-Themen in die Rahmenlehrpläne aller Schularten verbindlich sichergestellt und die Entwicklung von Regenbogenkompetenz (diskriminierungsfreier Umgang mit Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt) fächer- und jahrgangsübergreifend gefördert wird?

Antwort:

Wir trauen den Schulen im Rahmen der bestehenden Rahmenpläne und der Schulautonomie zu, den Themenkreis LSBTI* und die Entwicklung von Regenbogenkompetenz eigenständig aufzunehmen und entsprechend inhaltlich umzusetzen. Es wäre aber denkbar, Kooperations-Bildungsprojekte mit den Communitys stärker zu fördern.

3.2. Welche Ideen haben Sie, um dafür zu sorgen, dass vielfaltsabbildende Unterrichtsmaterialien (bspw. Schulbücher und Arbeitsblätter) für Lehrkräfte und Erziehende im Vorschulbereich sowie in der Grundschule und in den Sekundarstufen 1 und 2 angeboten und auch genutzt werden?

Antwort:

Wir sind hier grundsätzlich gesprächsbereit und würden eine Evaluation der bestehenden Lehrmaterialien befürworten. Der Unterricht soll Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe, Identitäten und kultureller Hintergründe vermitteln. Feste Quoten oder Quoren für die Präsenz von LSBTI* zum Beispiel in formulierten Schulaufgaben lehnen wir jedoch ab.

3.3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Thema „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erziehenden und Sozialpädagog*innen Eingang findet und entsprechende Seminare regelmäßig angeboten werden?

Antwort:

Das Thema „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ muss selbstverständlich ein Thema in der pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erziehenden und Sozialpädagog*innen sein.

3.4. Wollen Sie dafür sorgen, dass in Schulämtern und an Schulen fachlich kompetente Ansprechpersonen für vielfältige Lebensweisen und Identitäten benannt und gefördert werden?

Antwort:

Vielfalt ist bereits und soll auch gelebter Alltag in Hamburgs Schulen und Ämtern sein. Ansprechpersonen werden von uns daher begrüßt. Neue Stellen müssen hierfür nicht geschaffen werden.

3.5. Befürworten Sie den bedarfsgerechten Ausbau der pädagogischen Anleitung, Schulung und Koordinierung der Einsätze des Aufklärungsprojektes SOORUM?

Antwort:

Das Projekt SOORUM ist sehr sinnvoll und wäre daher eine geeignete Institution für die Förderung durch den Landeshaushalt der FHH. Siehe Frage 1.2.

4. Diskriminierung und Hassgewalt entgegenwirken

Diskriminierung und Anfeindungen gegenüber LSBTI* im Alltag sind noch nicht überwunden. Anfeindungen in der Öffentlichkeit gehören für viele immer noch zur Lebensrealität. Oftmals schränken sie sich in der Öffentlichkeit ein, um nicht als LSBTI* aufzufallen und zum Angriffsziel zu werden. Homosexuellen- und trans*feindliche Gewalt richtet sich jedoch nicht nur gegen LSBTI*, sondern auch gegen all jene, denen eine Zugehörigkeit zu dieser gesellschaftlichen Gruppe zugeschrieben wird.

4.1. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Anzeigeverhalten von LSBTI* zu stärken, wenn sie durch hass- bzw. vorurteilsmotivierter Straftaten betroffen wurden?

Antwort:

Grundsätzlich wollen wir die Selbstwirksamkeitserfahrung der Menschen und der Communitys durch den Landesaktionsplan stärken. Darüber hinaus könnte diskutiert werden, ob man eine größere öffentlichkeitswirksame Kampagne, analog der Informationskampagnen im Bereich „Häusliche Gewalt“, zu diesem Themenbereich startet.

4.2. Beabsichtigen Sie sich dafür einzusetzen, dass in Hamburg eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen?

Antwort:

Ja.

4.3. Berlin ist derzeit das einzige Bundesland, das jährlich Zahlen zu homosexuellen- und trans*feindlicher Hasskriminalität veröffentlicht. Werden Sie in Ihrer Amtszeit dafür sorgen, dass diese Zahlen auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik für Hamburg extra ausgewiesen werden?

Antwort:

Ja.

5. Regenbogenfamilien stärken

Tausende Kinder wachsen derzeit in Deutschland in Familien mit mindestens einem lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*- und/oder intergeschlechtlichem Elternteil auf. Eine moderne Familienpolitik sollte alle Menschen unterstützen, die Kindern in ihrem Leben einen Platz geben und ihnen helfen zu wachsen und sich gut zu entwickeln. Es gibt vielfältige Formen von Familie. Regenbogenfamilien gehören genauso dazu, wie Mehrelternmodelle oder auch Alleinerziehende.

5.1. Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in Institutionen der Familienplanung bzw. -hilfe oder des Familienalltags in Hamburg und vor allem in den Bezirken zu fördern?

Antwort:

Familien sind überall da, wo Menschen füreinander eintreten. Vielfältige Lebensentwürfe und Familienbilder müssen in allen Institutionen der Familienhilfe und Familienplanung mitgedacht werden. Sollte die entsprechende Kompetenz noch nicht vorhanden sein, so muss innerhalb der Institutionen entsprechend nachgeschult werden.

5.2. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien in Hamburger Kindertagesstätten und Schulen berücksichtigt und akzeptiert werden?

Antwort:

Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien müssen selbstverständlich in Schulen und Kindertagesstätten berücksichtigt werden. Ist dies nicht der Fall, handelt es sich um eine krasse Ungleichbehandlung, die wir nicht dulden werden.

6. Respekt und Akzeptanz von LSBTI* in der Arbeitswelt erhöhen

Die Akzeptanz von LSBTI* in der Arbeitswelt ist deutlich gestiegen. LSBTI*-Beschäftigte erleben jedoch am Arbeitsplatz leider immer noch Ausgrenzung, Mobbing und Diskriminierung. Viele Institutionen und Positionen sind offen schwul, lesbisch oder trans* lebenden Menschen faktisch weiterhin verschlossen. Nicht wenige fühlen sich immer noch genötigt, ihre sexuelle Orientierung zu verbergen und ein Doppelleben mit heterosexueller Fassade zu führen, insbesondere am Arbeitsplatz. Trans*- und intergeschlechtliche Menschen machen ähnliche Erfahrungen. Es gilt eine diskriminierungsfreie Arbeitswelt zu verwirklichen.

6.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Regenbogenkompetenz - d.h. den professionellen und diskriminierungsfreien Umgang mit Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt - von Führungskräften im Hamburger Landesdienst zu erhöhen?

Antwort:

Der professionelle und diskriminierungsfreie Umgang mit diesen Themen ist Grundvoraussetzung moderner Personalführung. Dies gilt selbstverständlich auch für den offenen Dienst. Die Kompetenzen können in der Ausbildung, dem Vorbereitungsdienst und im Rahmen von Weiterbildungen vermittelt werden. In der hamburgischen Verwaltung kann noch stärker auf Diversity Management gesetzt werden.

6.2. Beabsichtigen Sie Maßnahmen zu ergreifen, um bei privatwirtschaftlichen Unternehmen und kirchlichen Trägern für die Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten zu werben und ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld zu fördern? Falls ja, welche konkreten Ideen haben Sie hierzu?

Antwort:

Die FHH kann hier in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich mit gutem Beispiel vorangehen. Eingriffe in die Autonomie privater oder kirchlicher Träger sehen wir nicht vor, unterstützen aber die Entwicklung von Veranstaltungsformaten, die private und kirchliche Organisationen bei der internen Umsetzung von Vielfalt unterstützen.

7. Regenbogenkompetenz im Sport erhöhen

Auch wenn viele Fußball- und Sportvereine auf Profi- und Amateurebene mittlerweile aktiv Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit entgegenwirken, kommt es in den Stadien und auf Sportplätzen immer wieder zu LSBTI*-feindlichen Entgleisungen. In Sporthallen und auf Fußballplätzen werden abwertende Einstellungen geprägt und verstärkt. Wir brauchen in Hamburg ein nachhaltiges Programm gegen LSBTI*-Feindlichkeit im Sport.

Antwort:

Wir Freie Demokraten dulden LSBTI* Feindlichkeit nirgendwo. Auch nicht auf dem Sportplatz oder im Stadion. Wir möchten zusammen mit den Sportstätten und den Sportverbänden erörtern, wie diesem Phänomen entschieden entgegengetreten werden kann, zum Beispiel durch Verweise oder Hausverbote.

7.1. Werden Sie sich zukünftig dafür einsetzen, dass im Sport Antidiskriminierungsregeln, Vereinssatzungen und Stadionordnungen in der Art ergänzt werden, dass keine Person aufgrund ihrer sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität diskriminiert werden darf und die Sportarten allen Menschen gleichsam offen stehen?

Antwort:

Prinzipiell ist eine Anpassung der Satzungen zu befürworten. Die Verantwortung und Umsetzung muss aber den Vereinen und Veranstaltern selbst überlassen werden.

7.2. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Thema „Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten“ auch in Sportvereinen, Landesfachverbänden, Kreis- und Stadtsportbünde sowie weitere Sportinstitutionen ankommt?

Antwort:

Ein wichtiges Instrument ist hier Öffentlichkeitsarbeit. Die Planung dieser sollte vor allem in Kooperation mit Akteuren und Institutionen aus den Communitys erfolgen. Allgemein sind verstärkte Kooperationen von Vereinen und Akteuren aus den Communitys ein sinnvoller Weg.

8. Queere Geflüchtete schützen - LSBTI*-inklusive Integration von Geflüchteten und Migrant*innen sicherstellen

In zahlreichen Ländern dieser Welt droht LSBTI* Gefahr für Freiheit, Leib und Leben. Einige fliehen vor Verfolgung und Unterdrückung nach Deutschland. Noch immer gibt es beträchtliche Hürden für verfolgte LSBTI* in Deutschland anerkannt zu werden. Damit für sie faire und qualifizierte Asylverfahren tatsächlich gewährleistet sind, muss ihre Situation kultursensibel und kompetent berücksichtigt werden. Auch unter den in Hamburg lebenden Migrant*innen gibt es LSBTI*. Sie erfahren häufig auch rassistische Diskriminierung, nicht selten auch in der LSBTI*- Community.

Psychosoziale und sozialarbeiterische Unterstützungsbedarfe, die zugewanderte Personen an zielgruppenspezifische Beratung und an fallorientierte Migrations- und Fluchtarbeit richten, sind nicht zuletzt durch bestehende Sprachbarrieren und ehrenamtlicher Sprachmittlung besonders vielfältig und herausfordernd. Die Hansestadt Hamburg hat 2017 LSBTI*-Geflüchtete als besonders schutzbedürftig eingestuft, die Finanzierung der damit verbundenen Koordinierungsstelle für die LSBTI* Migrations- und Fluchtarbeit läuft Ende 2020 aus.

8.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Mitarbeitende in den Gemeinschaftsunterkünften (Sicherheitspersonal, Sozialarbeiter*innen, Leitungen, Sprachmittler*innen), in den Beratungseinrichtungen, sowie bei der Polizei eigens zu den besonderen Bedarfen von und zum sensiblen Umgang mit LSBTI*-Geflüchteten fortlaufend geschult werden?

Antwort:

Auch hier müssen die entsprechenden Fachkompetenzen von Akteuren aus den verschiedenen Communitys beratend zur Seite gestellt und eine entsprechende Kooperation unterstützt werden.

8.2. Wollen Sie sich in der neuen Legislaturperiode dafür engagieren, dass in Integrations- und Sprachkursen in der Verantwortung des Landes Hamburg die Lebenswirklichkeiten von LSBTI* ausdrücklich mit in die Unterrichtsmaterialien aufgenommen werden?

Antwort:

Das ist eine sehr sinnvolle Maßnahme, die wir unterstützen.

8.3. Wie wollen Sie dem Thema Mehrfachdiskriminierung von LSBTI*-Migrant*innen begegnen?

Antwort:

Die entsprechenden Antidiskriminierungsberatungen müssen so geschult sein, dass sie Ratsuchende an die richtige Stelle verweisen und auch verzahnt zusammenarbeiten können.

8.4. Werden Sie die Arbeit der Koordinierungsstelle für LSBTI* Migrations- und Fluchtarbeit über das Jahr 2020 hinaus fördern und verstetigen?

Antwort:

Ja.

9. Akzeptanz von Vielfalt in allen Lebensaltern verwirklichen

Zwischen schulischen, familiären und gesellschaftlichen Anforderungen, Erwartungen und Abhängigkeiten haben Jugendliche besondere Herausforderungen und Konflikte zu meistern. In dieser Phase fällt für LSBTI* zumeist ihr Coming-out. Ihre Lebenssituation wird daher zusätzlich durch den gesellschaftlichen, schulischen und elterlichen Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geprägt. Ähnliches gilt für die Gruppe der älteren und alten LSBTI*.

Einschränkungen von Mobilität und Gesundheit führen zu Verlust von Autonomie und sozialen Kontakten, der für LSBTI* aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität massive Auswirkungen hat. Sowohl die Angebote der offenen Altenhilfe als auch die ambulanten und stationären Angebote sind zumeist nicht für die Bedürfnisse und Lebenslagen älterer LSBTI* ausgerichtet.

Seit 2010 werden für ältere lesbische und schwule Menschen im Magnus-Hirschfeld-Centrum vielfältige Veranstaltungen, Gruppen Initiativen und Workshops zum Thema LSBTI* und Alter, Pflege und Senior*innen initiiert und durchgeführt. Es zeigt sich, dass kurzzeitige Bemühungen ohne finanzielle Mittel nicht zu nachhaltiger konzeptioneller Berücksichtigung von Diversität im Regelangebot der Altenhilfe und Senior*innenarbeit führen. Gleiches zeigt sich bei dem im September initiierten Angebot für Lesben beim Lesbenverein Intervention. Das Recht auf ein angstfreies und offenes Leben sollte in allen Lebensphasen verwirklicht werden.

9.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Mitarbeitenden in den Einrichtungen der Hamburger Altenhilfe und –pflege bereits in ihrer Ausbildung verbindliche Ausbildungsmodule zum Thema

„Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Alter“ durchlaufen müssen und die

Regenbogenkompetenz der Fachkräfte erhöht wird?

Antwort:

Das Thema „Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Alter“ muss ein verbindlicher Ausbildungsinhalt werden. Für bereits praktisch tätige Fachkräfte müssen attraktive Fort- und Weiterbildungsformate angeboten werden.

9.2. Wollen Sie zukünftig Modellprojekte unterstützen, die neue Wohnformen im Alter bzw. zielgruppenspezifische Wohngemeinschaften für alte und pflegebedürftige LSBTI* in Hamburg etablieren wollen? Falls ja, welche konkreten Ideen haben Sie dazu?

Antwort:

Ja. Die Fraktion der Freien Demokraten hatte zu diesem Thema eine entsprechende Kleine Anfrage gestellt.

9.3. Welche Ideen haben Sie, um Jugendliche und junge Erwachsene beim Coming-out zu unterstützen und die Regelstrukturen der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe sowie die Freizeiteinrichtungen in Verantwortung des Landes Hamburg zum Themenfeld „Coming-out“ zu professionalisieren?

Auch hier setzen wir auf die Stärkung der Selbstwirksamkeitserfahrung durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, die sich an alle richtet und zielgerichtete Weiter- und Fortbildungsarbeit in den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe und Freizeiteinrichtungen. Weiterhin setzen wir auf Peer-Group Education-Angebote, bei denen Menschen von ihrem Coming-Out berichten.

9.4. Werden Sie Mittel für eine Koordinierungs- und Vernetzungsstelle bereitstellen, um zwischen den Bedürfnissen von älteren LSBTI*Personen, den bestehenden Angeboten der Community und den Angeboten des Regelsystems zu vermitteln und zu sensibilisieren? Falls nicht, was spricht aus Ihrer Sicht dagegen?

Antwort:

Grundsätzlich befürworten wir eine solche Stelle, da diesem Thema bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Es muss nun geprüft werden, wo und auf welche Weise sich eine solche Vernetzungsstelle am besten umsetzen ließe.

10. Vielfalt in Funk und Fernsehen in Hamburg

Im März 2015 hatte die Landesregierung von Thüringen dafür gesorgt, dass 54 Jahre nach der Unterzeichnung des ersten ZDF-Staatsvertrages LSBTI* erstmals im Fernsehrat vertreten sein konnten. Die Entsendung hat Vorbildfunktion für die Gremien aller öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Medienanstalten, die noch keine angemessene Vertretung von LSBTI* haben. Die Vielfalt unserer Gesellschaft muss sich auch in den Rundfunk- und Medienanstalten abbilden. Auch das Land Hamburg hat es in der Hand dafür zu sorgen, dass zukünftig auch LSBTI* in der Medienanstalt und im Rundfunkrat des NDR vertreten sein können.

10.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es in der Medienanstalt Hamburg, Schleswig-Holstein und im Rundfunkrat des NDR zukünftig auch wie im ZDF-Rundfunkrat eine LSBTI* Selbstvertretung gibt?

Antwort:

Grundsätzlich ist dies zu befürworten und wir werden entsprechende Gespräche suchen.

11. Geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen

Die historische und bis in die Gegenwart anhaltende Stigmatisierung und Pathologisierung von LSBTI* fügen Menschen schweren Schaden zu. Psychiatrie und Medizin sowie alle im Gesundheitswesen tätigen Menschen, Organisationen und Institutionen müssen LSBTI* vorurteilsfrei gegenüberreten. Patient*innen und Behandlungssuchende im Gesundheitsbereich befürchten und erleben oft negative Reaktionen, wenn sie ihre sexuelle und/oder geschlechtliche Identität ansprechen müssen. Das beeinträchtigt die gesundheitliche Versorgung. In der Aus- und Fortbildung im Gesundheitswesen sind generell Themenbereiche wie gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Trans*- und Intergeschlechtlichkeit sowie die Auswirkungen von Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit stärker zu berücksichtigen. Eine gelungene HIV-Prävention und die Prävention vor sexuell übertragbaren Infektionen (STI) hängen auch von diskriminierungsfreien Lebensumständen dieser vulnerablen Gruppe ab.

11.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fachkräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen bei der Gesundheitsversorgung hinzuwirken?

Antwort:

Auch hier sind Information, Weiterbildung Sensibilisierung der richtige Ansatz.

11.2. Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „Kultursensibler Umgang mit LSBTI*-Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen verpflichtend integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?

Antwort:

Ja, dies ist im Lichte der Antwort auf Frage 11.1 zu begrüßen. Die Umsetzung muss im engen Dialog mit den Hochschulen, den Akteuren der beruflichen Bildung und den Praktikern im Gesundheitsbereich erfolgen.

11.3. Welche Maßnahmen wollen sie unterstützen, um die sexuelle Gesundheit von LSBTI* zu fördern?

Antwort:

Die Freie und Hansestadt Hamburg soll analog zu den Regelungen der GKV im Rahmen der Beihilfe für ihre Beamten die Kosten für Medikamente der HIV Präexposition prophylaxe (PrEP) erstatten.

11.4. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die körpermedizinische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung für transgeschlechtliche Menschen zu verbessern, Versorgungslücken zu schließen, Zugangsbarrieren und Diskriminierung abzubauen?

Antwort:

Die Krankenkassen sollen einheitlich die Kosten für alle geschlechtsangleichenden Behandlungen bei Transsexualität übernehmen. Weiterhin wollen wir das Transsexuellengesetz so weiterentwickeln, dass die Personenstands- und Namensänderung ohne jegliche diskriminierenden Hürden erfolgt.

12. Hamburg tritt für Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten in der Bundespolitik ein Das Land Hamburg muss sich auch zukünftig auf Bundesebene für die Belange von LSBTI* einzusetzen. Zu den wichtigsten Themen im Bundesrat gehört beispielsweise die Ergänzung von Artikel 3, Abs. 3 im Grundgesetz um das Merkmal „sexuelle Identität“ und die Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts für eine Absicherung von Kindern in Regenbogenfamilien.

12.1. Wollen Sie sich in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal „sexuelle Identität“ ergänzt wird?

Wir setzen uns für eine Anpassung des Antidiskriminierungskatalogs in Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz an die der europäischen Grundrechtecharta und damit die Aufnahme der Merkmale der sexuellen Ausrichtung und des Alters ein.

12.2. Werden Sie sich im Bundesrat für eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts einsetzen, um die Diskriminierung von Zwei-Mütter-Ursprungsfamilien zu beenden und auch Mehrelternfamilien gesetzliche Anerkennung zu verschaffen?

Ja. Wie bereits gesagt, ist Familie für uns Freie Demokraten überall da, wo Menschen füreinander eintreten. Daher ist auch eine rechtliche Elternschaft im Rahmen von Mehrelternfamilien notwendig.

13. Hamburg setzt sich für die Menschenrechte von LSBTI* ein

Hamburg unterhält eine Vielzahl an internationalen Beziehungen und empfängt regelmäßig internationale Gäste und Delegationen. Darunter auch aus Staaten, in denen Homosexualität kriminalisiert ist und LSBTI* geächtet und verfolgt werden. Diese Besuche bieten Gelegenheit, die Menschenrechte von LSBTI* anzusprechen und deutlich zu machen, dass der Schutz von Minderheiten zu den demokratischen Grundwerten gehört. Das Land Hamburg unterstützt seit 10 Jahren den LSBTI*-Fachkräfteaustausch des LSVD Hamburg zwischen Hamburg und St. Petersburg. Das Programm hat dafür gesorgt, dass die Partner*innen aus St. Petersburg in ihrer wichtigen und oft bedrohten Arbeit unterstützt und gestärkt werden. Auf Hamburger Seite hat der regelmäßige Kontakt viele neue Impulse für die Arbeit gegeben.

13.1. Beabsichtigen Sie das Thema Menschenrechte von LSBTI* weiter in den internationalen Beziehungen und der Entwicklungszusammenarbeit der Hansestadt Hamburg zu integrieren?

Antwort:

Ja. Das Thema ist ein selbstverständlicher Bestandteil der Hamburger Gesellschaft und Politik und dies gilt für die Politik vor Ort und muss auch für die internationalen Beziehungen gelten.

13.2. Werden Sie den Fachkräfteaustausch im Rahmen der Städtepartnerschaft Hamburg – St.

Petersburg fortführen und den LSVD Hamburg weiter bei seiner internationalen Menschenrechtsarbeit unterstützen?

Antwort:

Eindeutig: Ja.